

Neues Volksschulgesetz verabschiedet

Ja zu Staatsbeitrag für Integrationskurse

89. und 90. Sitzung, Montag, 7. Februar,
8 Uhr 15 und 14 Uhr 30
Vorsitz: Präsidentin Emy Lalli (sp., Zürich)

Mehr Lehrstellen im Gesundheitsbereich

In einem Postulat verlangt Karin Maeder-Zuberbühler (sp., Rütli) vom Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass die Anzahl Lehrstellen für Fachangestellte Gesundheit im Kanton Zürich erhöht wird. Sie stellt den Antrag, das Postulat für dringlich zu erklären. Karin Maeder-Zuberbühler (sp., Rütli) bezeichnet die derzeitige Lehrstellen-situation als beunruhigend. Es ist jetzt noch nicht zu spät, die Zahl der Lehrstellen im Gesundheitsbereich zu erhöhen. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) findet die Forderung ungläublich. Der betreffende Beruf ist ganz neu. Es müssen zuerst Strukturen geschaffen werden in den anbietenden Betrieben. Man kann nicht einfach auf den Knopf drücken und neue Lehrstellen schaffen. Ralf Margreiter (gp., Zürich) erinnert an die Ablehnung der eidgenössischen Lehrstellen-initiative. Jede Massnahme, die neue Lehrstellen schaffen kann, ist nicht nur wichtig, sondern auch dringlich. Die Strukturen für zusätzliche Massnahmen sind vorhanden. Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) will sich ebenfalls dafür einsetzen, dass Später, Alters- und Pflegeheime mehr Lehrstellen anbieten. Die Lehrstellen-suche ist im Gang, die Dringlichkeit ist gegeben.

82 Ratsmitglieder stimmen für die Dringlichkeit. Sie ist damit zustande gekommen.

Staatsbeitrag für Integrationskurse

Der Regierungsrat beantragt die Genehmigung eines Staatsbeitrags an die Integrationskurse von Jugendlichen in der Höhe von 6,15 Millionen Franken für die Jahre 2005 bis 2008. Die Kurse sollen 15- bis 20-Jährigen, die mit dem Familienmehrzug in die Schweiz gekommen sind, beim Einstieg in eine berufliche Ausbildung helfen. Sie werden seit 20 Jahren angeboten – mittlerweile in sechs Bezirken – und von jährlich rund 300 Jugendlichen besucht. Über den Staatsbeitrag an die Kurse für die letzten drei Jahre entschied nach einem Referendum des Bundes der Steuerzahler das Volk. Am 24. November 2002 bewilligte es den Kredit mit einem Ja-Vorsprung von nur gerade 600 Stimmen. Den nun beantragten Kredit empfiehlt eine Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur zur Annahme. Die Mitglieder der SVP sind dagegen. Kommissionspräsidentin Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf) erläutert die Vorlage. Die Kurse liegen nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern sind auch aus übergeordneten bildungs- und sozialpolitischen Gründen wichtig. Sie ermöglichen einen schnellen Einstieg in die deutsche Sprache, erhöhen die Chancen auf einen Arbeitsplatz und reduzieren das Risiko, dass die Jugendlichen zu sozialen Problemfällen werden. Damit kann verhindert werden, dass an anderer Stelle wesentlich höhere Folgekosten entstehen. Drei Viertel der Kursteilnehmer finden nach dem Kurs eine Lehrstelle, eine Erwerbstätigkeit oder eine schulische Zwischenlösung. Es ist das letzte Mal, dass wir über diese Vorlage abstimmen müssen, denn mit der Einführung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes wird die Finanzierung anders geregelt.

Susanna Rusca (sp., Zürich) führt aus, dass Sozialhilfe für arbeitslose Jugendliche mehr Kosten verursacht als Integrationskurse. Die Jugendlichen haben 40 Jahre Arbeitsleben in der Schweiz vor sich und benötigen eine Einstiegshilfe. Samuel Ramseyer (svp., Niederglatt) erklärt die Gründe für das Nein der SVP. Die Integration sei primär Aufgabe der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer. Die Kosten für den Kanton sind zu hoch, die Elternbeiträge zu tief. Zudem ist die Erfolgsquote der Kurse ungenügend. Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) gibt bekannt, dass die CVP die Vorlage unterstützt. Die Kurse haben sich bewährt. Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) hält die Leistungsbereitschaft der Kursteilnehmer, sich zu integrieren und Deutsch zu lernen, für aussergewöhnlich hoch. Ein Nein käme einem Schlag gegen erfolgreiche Integrationsbemühungen gleich. Wir würden jene bestrafen, die sich um Integration bemühen. Esther Guyer (gp., Zürich) warnt die SVP vor einem Referendum. Dies wäre eine Verschleuderung von Steuergeldern. Anita Simioni-Dahm (fdp., Andelfingen) bezeichnet es als eine noble Aufgabe des Staates, Jugendlichen, die sich ihre Situation nicht ausgesucht haben, eine Chance zu geben. Claudio Schmid (svp., Bülach) findet, dass jeder Deutschkurs in der Migros-Klubschule billiger und wahrscheinlicher effizienter ist. Zudem wurden in den letzten Jahren nicht alle Plätze in den Kursen belegt. Integration ist Aufgabe des Zugezogenen. Die SVP wird das Referendum ergreifen.

Claudia Balocco (sp., Zürich) schildert einen konkreten Fall einer erfolgreichen Integration. Die Basis dazu hat der Integrationskurs gelegt. Lisette Müller-Jaag (evp., Knona) findet, dass die Kurse eine Grundlage dafür sind, sich in diesem Land richtig zu verhalten.

Bildungsdirektorin Regine Aepli erklärt, dass der Regierungsrat mit den Kursen die Jugendlichen vor der Abhängigkeit von der Sozialhilfe schützen will. Die betroffenen Jugendlichen verfügen über eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung. Die Gesellschaft hat also ein Interesse daran, dass sie nicht in die Sozialhilfe abgleiten. Wenn sich der Kanton finanziell nicht mehr an den Kursen beteiligt, dann werden die Gemeinden mehr zu bezahlen haben.

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag der SVP mit 113 zu 54 Stimmen ab und stimmt der Vorlage schliesslich mit 111 zu 55 Stimmen zu.

Neues Volksschulgesetz

Die Redaktionskommission legt das nach der ersten Lesung überarbeitete Volksschulgesetz vor. Kommissionspräsident Raphael Golka (sp., Zürich) erläutert einige sprachliche und formale Anpassungen und beantragt Zustimmung zur Vorlage.

Lektionstafeln auf der Oberstufe

In einem Rückkommensantrag beantragt Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) differenzierte Lektionstafeln an den verschiedenen Abteilungen der Oberstufe, will aber überall die Angebotspflicht für alle Fächer erhalten. Damit sollen die individuellen Fähigkeiten der Jugendlichen besser berücksichtigt werden. Schwache Schüler sollen beispielsweise in keiner zweiten Fremdsprache unterrichtet werden, um in anderen Fächern stärker gefördert werden zu können. Kommissionspräsidentin Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf) erklärt, dass dies die Durchlässigkeit zwischen den Abteilungen der Oberstufe erschweren würde. Elisabeth Scheffelt-Kern (sp., Schlieren) erkennt, dass es an der Oberstufe Probleme gibt, aber die Differenzierung der Lektionstafeln ist keine Lösung dafür. Es besteht die Möglichkeit, schwache Schüler von einzelnen Fächern zu dispensieren. Esther Guyer (gp., Zürich) erklärt, dass schwache Schüler Richtlinien und Verbindlichkeiten brauchen. Sonst werden ihre Chancen auf dem Lehrstellenmarkt geschmälert. Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) hält die Durchlässigkeit für ein Qualitätsmerkmal der Oberstufe. Katharina Kull-Benz (fdp., Zollikon) findet, dass es nicht Sache des Gesetzes ist, die Lektionstafeln zu regeln, sondern Aufgabe des Bildungsrats. Differenzierte Lektionstafeln gefährden zudem die Chancengleichheit. Susanna Rihs-Lanz (gp., Glattfelden) unterstützt den Antrag und bezeichnet das Angebot an der Oberstufe als «Einheitsbrei». Alle Schüler müssen dasselbe lernen, ungeachtet ihrer Fähigkeiten und ihrer Berufsziele. Wichtig sind die Fächer Deutsch und Mathematik und nicht zwei Fremdsprachen. Individuelle Förderung ist auch Chancengleichheit. Thomas Ziegler (evp., Elgg) bedauert, dass man sich bei der Beratung des Volksschulgesetzes in einigen Punkten den Erfahrungen aus der Praxis verschliesst. Die Oberstufe hat sich nicht bewährt. Deutschförderung ist wichtiger als ein einheitliches Angebot. Gymnasiasten werden auch nach anderen Lektionstafeln unterrichtet als Sekundarschüler. Matthias Hauser (svp., Hüntwangen) findet, dass Chancengleichheit nicht Gleichmacherei ist, sondern die Möglichkeit, Unterschiedlichem mit unterschiedlichen Massnahmen zu begegnen.

Bildungsdirektorin Regine Aepli erläutert, dass das Gesetz in drei Bestimmungen vorsieht, dass die Abteilungen der Oberstufe unterschiedlichen Leistungsanforderungen genügen müssen. Zudem besteht die Möglichkeit, Schüler von Fächern zu dispensieren. Wir brauchen nicht eine generelle Dispensation. Fremdsprachenkenntnisse sind heute in allen Berufen lohnwirksam, und deshalb soll man schwächere Schülerinnen und Schüler nicht von einem bestimmten Fach ausschliessen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 95 zu 75 Stimmen ab.

Keine Schulabteilung im Bezirksrat

In einem Rückkommensantrag beantragt Andrea Widmer (fdp., Zürich), auf die geplanten Schulabteilungen der Bezirksräte zu verzichten. Rekurse, welche die Schule betreffen, sollen von den herkömmlichen Bezirksräten bearbeitet werden. Die neuen Schulabteilungen hätten einen sehr beschränkten Aufgabenbereich. Alle Minderheitsanträge, die ihre Aufgaben hätten ausdehnen wollen, wurden abgelehnt. Wir müssen uns deshalb überlegen, ob eigene Abteilungen samt Personalaufstockung sinnvoll sind. Ein Verzicht auf die Schul-

abteilung hätte eine schlanke und effiziente Struktur zur Folge. Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur, erinnert daran, dass die Schulabteilungen der Bezirksräte eine Kompromisslösung darstellten. Im Vorfeld wurde nämlich kritisiert, dass der Bezirksrat für die Behandlung von Schulfragen nicht ausreichend befähigt ist. Für Inge Stutz-Wanner (svp., Marthalen) zeigt dieser Antrag, wie mit Kompromisslösungen umgegangen wird. Die schulische Aufsichtspflicht der Schulabteilungen umfasst auch die Überwachung der Umsetzung von schulischen Erlassen des Kantons. Die Aussage, dass der Bezirksrat ohne Personalaufstockung diese zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen kann, ist unglaubwürdig. Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) findet, dass der Kompromiss nichts gebracht hat, weil die SVP das Gesetz sowieso ablehnt. Zudem wollen die Bezirksräte keine eigenen Schulabteilungen. Die neuen Aufgaben kann man auch ohne grosse Personalaufstockung bewältigen. Bernhard Egg (sp., Elgg) teilt mit, dass die grosse Mehrheit der SP den Antrag unterstützen will. Die Schulabteilungen sind unnötig und fachlich nicht erforderlich. Die Bezirksräte haben schon heute die Aufsicht über die Gemeinden und schauen für die Einhaltung der Erlasse. Esther Guyer (gp., Zürich) kritisiert, dass die SVP den Kompromiss zum Scheitern gebracht hat. Die Grünen werden für den Antrag stimmen. Ernst Brunner (svp., Illnau-Effretikon) findet auch, dass es für die Behandlung der Rekurse keine eigene Schulabteilung mehr braucht, und ruft seine eigene Fraktion dazu auf, sie zu streichen. Samuel Ramseyer (svp., Niederglatt) sagt, dass man hier erleben kann, wie eine gute Idee getötet wird. Wer dem Streichungsantrag zustimmt, hat nicht begriffen, worum es bei der Idee der Schulabteilungen geht.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 93 zu 55 Stimmen zu. Es werden somit keine Schulabteilungen in den Bezirksräten geschaffen.

Schlussrunde

Die Vorlage ist redaktionell durchberaten. Kommissionspräsidentin Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf) dankt allen, die am Gesetz mitgearbeitet haben. Sie beantragt Zustimmung zum Gesetz. Samuel Ramseyer (svp., Niederglatt) findet, dass die Gewinner der ersten Schulgesetz-Abstimmung im Jahr 2002 nun zu Verlierern gemacht worden sind. Die SVP wollte keine zweite Fremdsprache und ein Bekenntnis zur deutschen Sprache. Sie wollte den Eintritt in die Regelklasse von Deutschkenntnissen abhängig machen, und sie wollte keine staatlich verordneten Betreuungsangebote. Sie wollte zudem die Sonderpädagogik so gestalten, dass Kleinklassen und integrative Förderung als gleichwertig betrachtet werden, und sie wollte die Schullaufbahn auf Bezirksebene erhalten. Diese Anliegen wurden nicht erfüllt, darum wird die SVP dem Gesetz nicht zustimmen. Wenn dieses Gesetz abgelehnt wird, passiert nicht viel. Nötige Anpassungen lassen sich am heutigen Gesetz schnell vornehmen. Verabschieden wir uns von einem Gesetz, das wenig zur Qualitätssteigerung beiträgt. Karin Maeder-Zuberbühler (sp., Rütli) ist der Meinung, dass das Gesetz ein klares Bekenntnis zur Volksschule ist. Es gewährleistet Gleichheit unter den Gemeinden und fördert die Integration der Kinder. Es schafft die Grundlage für die Einführung von Blockzeiten und Schulleitungen. Wenn die SVP das Gesetz ablehnt, gefährdet sie die Weiterentwicklung der Volksschule und verharrt in alten Strukturen. Sie verhindert Investitionen in die Schule und in den Standort Zürich. Für Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) bietet das Gesetz keine Garantie, dass die Schulqualität steigt. Die Bildungspolitik haben zwar im strukturellen Bereich eine wichtige Hausaufgabe erledigt. Die Volksschule erhält Strukturen, welche die Mitsprache der Lehrkräfte stärkt und ausgewogene Verhältnisse bei den Schulleitungen herstellt. Mit diesem Erfolg und dem Verzicht auf die Grundstufe sind aber noch nicht alle Probleme gelöst. Die Fremdsprachenfrage ist nur verschoben worden, die Differenzierung der Lektionstafeln auf der Oberstufe ist gescheitert, und die Integration von schwierigen Schülern in die Regelklasse wird ungenügend finanziert. Das neue Gesetz löst Strukturprobleme, beantwortet aber viele Fragen nicht, die sich im Schullaufgang stellen.

Für Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) ist das Gesetz in weiten Teilen ein Nachvollzug von Neuerungen im Schulbereich, die noch eine rechtliche Grundlage brauchen. Es ist kein grosser Wurf mehr; die Neuerungen sind einfacher und greifbarer. Dass die SVP das Gesetz nun erneut zum Scheitern bringen will, ist verantwortungslos. Nicht jeder kann seine Partikularinteressen durchdrücken. Ein Gesetz ist immer ein Kompromiss.

Bei einem Nein zum Gesetz stünden wir vor einem Scherbenhaufen, weil für Neuerungen kein Geld mehr da ist. Es würde ein Wildwuchs an Schulangeboten herrschen. *Esther Guyer* (gp., Zürich) spricht von einer mittleren Zufriedenheit. Bei einem Kompromiss müssen alle Federn lassen. Wichtige Neuerungen werden verankert, und die Finanzierung wird gesichert. Ärgerlich ist, dass die Bürgerlichen die Bedeutung der ausser-schulischen Betreuung noch immer nicht begriffen haben. Das Gesetz stärkt die öffentliche Volksschule und erweitert ihre Autonomie. Mit einem Nein würden wir eine Zweiteilung der Schule riskieren, welche nichts mehr mit Chancengleichheit zu tun hat. *Anita Simioni-Dahm* (fdp., Andelfingen) unterzieht das Gesetz den freisinnigen Grundwerten. Es ist effizient, weil es eine klare Aufgabenteilung schafft. Es fördert die Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Gesetz basiert überdies auf der Eigenverantwortung der Lehrkräfte sowie der Schüler und der Eltern, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und wahrt das Gebot der Chancengleichheit. Schliesslich nimmt das Gesetz auch Rücksicht auf die Schwächeren. Es verhindert, dass Jugendliche vorschnell auf schulische Abstellgleise abgeschoben werden. Die FDP stimmt dem Gesetz mit Überzeugung zu. *Matthias Hauser* (svp., Hüntwangen) wiederholt die Kritik seines Kollegen Samuel Ramseyer und ergänzt, dass der Kindergarten unflexibler wird. Auch die Kosten sprechen gegen das Volksschulgesetz. Das Fuder ist überladen.

Martin Kull (sp., Wald) spricht als Präsident der Zürcher Schulpräsidentinnen und -präsidenten. Wir brauchen dieses Gesetz dringend. Ich kenne keinen einzigen Schulpräsidenten der SVP, der dieses Gesetz ablehnt. Die SVP politisiert an den Fachleuten der eigenen Partei vorbei. *Jürg Trachsel* (svp., Richterswil) ist der Meinung, dass sich die Schule auch mit dem Gesetz verschlechtert, dies aber mit einem höheren Verbrauch finanzieller Mittel. *Susanne Rihs-Lanz* (gp., Glattfel-

den) findet, dass das Gesetz eine gut strukturierte Schule bringt. Ob es aber die Kinder gut auf das Leben vorbereitet, ist fraglich. Ich bedaure, dass nicht über Inhalte diskutiert wurde. Vieles passt mir nicht, aber einige Neuerungen sind mir wichtig, so dass ich dem Gesetz zustimme. *Lisette Müller-Jaag* (evp., Knonau) hält das Gesetz für eine gute Basis für die öffentliche Schule. *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) ist der Meinung, dass auch eine Ablehnung des Gesetzes die Fortführung von Schulreformen ermöglicht. *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) hätte sich gewünscht, dass man mehr auf die Lehrkräfte gehört hätte, lobt aber auch, dass in einigen Punkten Forderungen erfüllt worden sind. Es besteht kein Grund, dem Gesetz zuzujubeln. Die EVP will aber auch keine Reformen verhindern und finanzielle Mittel blockieren. Ein Teil der EVP stimmt deshalb zusammen mit mir zu. *Peter Reinhard* (evp., Kloten) zählt die Vorteile aus Sicht der EVP auf. Wegen der ungelösten Fremdsprachenfrage, der nicht differenzierten Lektionentafeln auf der Oberstufe und des unbefriedigenden sonderpädagogischen Angebots ist ein Teil der Partei dagegen. Es kann nicht sein, dass man derart überheblich mit den Gewinnern der letzten Abstimmung umspringt.

Der Rat stimmt dem neuen Volksschulgesetz mit 99 zu 64 Stimmen zu.

Familienergänzende Betreuung

In einem Postulat verlangt *Gabriela Winkler* (fdp., Oberglatt) vom Regierungsrat, ein auf 5 Jahre befristetes kantonales Impulsprogramm für die Schaffung von familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschul- und Volksschulalter vorzulegen. *Brigitte Johner-Gähwiler* (fdp., Urdorf), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur, erläutert die Vorlage und erklärt, dass die Betreuungsplätze im Kanton

in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Der Regierungsrat will angesichts der Anschubfinanzierung des Bundes kein eigenes Programm mehr starten und beantragt Abschreibung. Die Kommission stimmt dem zu. *Gabriela Winkler* (fdp., Oberglatt) willigt in die Abschreibung ein. Der Vorstoss wurde vor der Anstossfinanzierung des Bundes eingereicht und wollte die bürokratischen Leerläufe verhindern. Heute werden die Gelder in Bern nicht im ausreichenden Masse abgeholt. Nach wie vor stellen zahlreiche Krippen ihren Betrieb nach kurzer Zeit wieder ein. Es besteht Handlungsbedarf. *Pia Holenstein* (sp., Affoltern a. A.) stimmt der Abschreibung ebenfalls zu. Es gibt aber ein wachsendes Bedürfnis an neuen Krippen. Viele Gesuche um Anstossfinanzierung an den Bund scheitern, weil die längerfristige Finanzierung nicht gewährleistet wird. *Inge Stutz-Wanner* (svp., Marthalen) gibt die Zustimmung der SVP zur Abschreibung bekannt. *Blanca Ramer-Stäubli* (evp., Urdorf) schliesst sich der Abschreibung an, findet aber, dass das Thema damit nicht vom Tisch ist. Fehlende Hortplätze und rückläufige Angebote an Tagesfamilien sind ein Problem. *Hanspeter Amstutz* (evp., Fehraltorf) sieht keinen Handlungsbedarf für den Kanton. Für *Susanne Rihs-Lanz* (gp., Glattfelden) ist das Kinderbetreuungsangebot in vielen Gemeinden ungenügend. Vielerorts will die Gemeinde die Initiativen von Angeboten nicht unterstützen, womit die Chancen auf eine Unterstützung durch den Bund schwinden. *Julia Gerber* (sp., Wädenswil) kritisiert ebenfalls die Gemeinden, die oft keine Unterstützung gewähren.

Das Postulat wird vom Rat abgeschrieben.

Das Ratsbüro teilt mit, dass die Stellvertreterin des kantonalen Ombudsmannes, Veronika Staudacher, vorzeitig von ihrem Amt zurücktritt.

Ja zum Bau einer Kantonsschule in Uster

kg. Der Regierungsrat beantragt, einen Grundsatzentscheid zu fällen für den Bau einer Kantonsschule in Uster und für die Aufhebung der Filiale Glattal der Kantonsschule Zürcher Oberland in Dübendorf. Die neue Schule in Uster soll eine Kantonsschule mittlerer Grösse werden und Platz für 450 Schülerinnen und Schüler bieten. Für den Bau sind im Entwicklungs- und Finanzplan 92,5 Millionen Franken vorgesehen. Eine Kreditvorlage wird aber erst nach dem Grundsatzentscheid ausgearbeitet.

Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf), Präsidentin der Bildungskommission, erläutert die Vorlage. Es war rechtlich unklar, ob die Regierung oder das Parlament für die Aufhebung der Abteilung Glattal zuständig ist. Der Regierungsrat überlässt den Entscheid aber dem Kantonsrat. Die Kantonsschule Glattal ist als Provisorium gebaut worden; sie erfüllt die Anforderungen des kantonalen Gesamtkonzeptes für die Mittelschulen nicht. Die Filiale ist zudem zu klein, sie ist in ihrem Angebot eingeschränkt. Uster hat als drittgrösste Stadt des Kantons noch keine Mittelschule. Das Einzugsgebiet, für das die neue Schule zuständig wäre, verfügt über ein Potenzial von 400 bis 600 Schülern. Die Kantonsschule Zürcher Oberland stösst an ihre Grenzen und kann die Schüler aus Dübendorf nicht aufnehmen. Die Mehrheit der Kommission hält die Argumente für den Bau für überzeugend. Der Betrag von 92,5 Millionen Franken hat allerdings Stimrnunzeln ausgelöst und wird einen schweren Stand im Rat haben.

Brigitta Johner-Gähwiler begrüsst die Ustermer Stadtpräsidentin Elisabeth Surbeck, die auf der Tribüne den Verhandlungen folgt.

Anita Simioni-Dahm (fdp., Andelfingen) teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Vorlage zustimmt. Wenn die exorbitanten Kosten aber nicht gesenkt werden, muss sich die FDP vorbehalten, das nachfolgende Kreditbegehren abzulehnen. Schon der Projektierungskredit von 5 Millionen Franken erscheint uns hoch. Der Quadratmeterpreis würde 22 000 Franken betragen. Yvonne Eugster (cvp., Männedorf) ist namens ihrer Fraktion grundsätzlich einverstanden mit dem Antrag. Wetzikon ist schon heute die grösste Mittelschule im Kanton Zürich, mit einer Erweiterung käme sie über die kritische Grösse hinaus. Wir betrachten den Baukredit von 92,5 Millionen als viel zu hoch. Ich bitte die Bildungs- und die Baudirektion, dies zu berücksichtigen. Samuel Ramseyer (svp., Niederglatt), gibt bekannt, dass die SVP nicht zustimmt, obwohl das Projekt dem Gewerbe im Oberland Impulse geben würde. Wir können uns den Neubau nicht leisten. Warum wurde das Provisorium Dübendorf nicht schon in finanziell besseren Zeiten aufgegeben? Der Grundsatzentscheid löst unweigerlich hohe Investitionen aus. Die Verschiebung des Projektes hätte keine bildungspolitischen Folgen. Der Ausbildungsbetrieb kann in Dübendorf ohne Nachteile für die Schüler weitergeführt werden.

Karin Maeder-Zuberhühler (sp., Rüti) gibt Zustimmung der SP-Fraktion bekannt. Die neue Kantonsschule soll direkt neben dem heutigen Bildungszentrum stehen, wodurch Synergien genutzt werden können. Dadurch werden die Benützungskosten erhöht und die Kosten gesenkt. Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) hält die neue Schule für geeignet, die KZO in Wetzikon zu entlasten. Die Dübendorfer Schule weist eine kritische Grösse von nur 300 Schülern auf. Auch nach der Aufhebung der Filiale ist Dübendorf wegen der Nähe zur Kantonsschule Oerlikon nicht benachteiligt. Vom Einzugsgebiet der Schüler her gesehen scheint Uster der ideale Standort zu sein. Die Grünen stimmen ebenfalls zu, wie Esther Guyer (gp., Zürich) ausführt. Wir können den Druck auf die KZO mindern. Die Baracken in Dübendorf zu sanieren, würde auch etwas kosten.

Werner Hürlimann (svp., Uster) kündigt an, dass eine Minderheit der SVP die Vorlage unterstützen werde. Es besteht die einmalige Chance, dass junge Menschen verschiedener Bildungsstufen den Kontakt zueinander finden. Wir haben die Zusage, dass das Projekt günstiger wird als jetzt vorgeschlagen. Heinz Jauch (evp., Dübendorf), Stadtpräsident von Dübendorf, betont, dass Dübendorf die Schule gerne auf Dauer behalten hätte. Der Antrag des Regierungsrates enthält ein falsches Argument: In Dübendorf gäbe es durchaus Ausbaumöglichkeiten. Der Stadtrat von Dübendorf hat das der Bildungsdirektion auch mehrmals mitgeteilt. Anfang der neunziger Jahre wären dafür Investitionen von 20 Millionen Franken nötig gewesen. Das hielt der Kanton für nicht finanzierbar. Willy Furter (evp., Zürich) bezeichnet den Standort Uster als ideal. Dübendorfer Mittelschüler werden die Wahl haben, ob sie nach Oerlikon oder nach Uster fahren wollen. Die Mehrheit der EVP stimmt zu. Ueli Annen (sp., Illnau-Effretikon) kritisiert die Haltung der SVP. Wenn die erste Frage lautet: Können wir uns diese Investition leisten, und wir beantworten sie mit Nein, werden wir handlungsunfähig. Die erste Frage muss lauten: Ist eine

Investition sinnvoll und notwendig? Keine Gemeindeschulpflege würde ihrer Volksschule die baulichen Zustände zumuten, die in Dübendorf herrschen.

Bildungsdirektorin Regine Aepli weist darauf hin, dass das neue Bildungsgesetz erstmals zur Anwendung kommt. Es überlässt den Entscheid, ob eine neue Mittelschule gebaut wird, dem Kantonsrat. Mit dem Bau dieser Schule kämen wir in die Nähe der angestrebten Maturandenquote von 17,5 Prozent. Der Standort Uster ist in der Richtplanung ausgeschieden worden. Baubeginn wäre 2008. Ich nehme Ihre Einwände gegen die Kosten sehr ernst. Wir werden uns bemühen, die Schule so zu konzipieren, dass keine Luxusbedürfnisse gestellt werden. Über die Kosten werden wir uns noch eingehend unterhalten.

Der Rat lehnt den Minderheitsantrag von Samuel Ramseyer (svp., Niederglatt), auf den Bau der Kantonsschule Uster zu verzichten, mit 111 zu 47 Stimmen ab.

Der Rat stimmt der Vorlage mit 112 zu 39 Stimmen zu.

Rückkommensantrag

Esther Guyer (gp., Zürich), beantragt, über den Neubau für die Kantonsschule Küsnacht eine freie und nicht eine reduzierte Debatte zu führen. Der Rückkommensantrag scheidet mit 39 Stimmen, nötig sind 45.

Neubau für die Kantonsschule Küsnacht

Der Regierungsrat beantragt einen Kredit in der Höhe von 13 Millionen Franken für einen Neubau für die Kantonsschule Küsnacht. Die für den Unterricht genutzten Baracken sind über 40 Jahre alt und befinden sich gemäss dem Antrag in einem desolaten Zustand, so dass ein Abbruch innerhalb der nächsten zwei Jahre unausweichlich wird. Das Geschäft untersteht der Ausgabebremse.

Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf), Präsidentin der Bildungskommission, teilt mit, das Geschäft sei in der Kommission wesentlich weniger umstritten gewesen als das zuvor behandelte. Das Projekt hat eine bewegte Vorgeschichte. 1984 lehnten die Stimmberechtigten einen Kredit für Ersatzbauten ab. Die Baracken entsprechen in keiner Weise den Anforderungen, die an ein Schulhaus gestellt werden müssen. Alle Mitglieder der Kommission erkannten bei einer Besichtigung, dass die Vorlage sinnvoll ist. Die Baukosten von 13 Millionen Franken dürfen als vertretbar betrachtet werden. Die Kommission für Planung und Bau wünscht, dass die Fassade nach nachhaltigen Kriterien erbaut wird.

Martin Kull (sp., Wald) betont, dass ein zeitgemässer Unterricht in den Baracken nicht möglich ist. Er zweifelt aber, ob die Kaninchenstallbauweise pädagogisch sinnvoll ist. Die SP sagt Ja, auch wenn es einen Wermutstropfen gibt: Ich werde das Gefühl nicht los, dass die Baudirektion die Wünsche der Küsnachter Bevölkerung nach Information über Jahre hinweg ignoriert hat. Peter Weber (gp., Wald) bezeichnet den Energieverbrauch in den Baracken als unhaltbar. Wir bitten die Baudirektion, die Befürchtungen der Anwohner ernst zu nehmen, bevor weitere Planungsschritte unternommen werden. Laut Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) fügt sich der Bau harmonisch ins historische Ensemble ein. Anita Simioni-Dahm (fdp., Andelfingen) hält den geplanten Baukörper für zu wenig flexibel. Die Fassadengestaltung muss überprüft werden, auf Experimente ist zu verzichten. Es ist richtig, dass die Bevölkerung erst jetzt einbezogen wird. Urs Hany (cvp., Niederhasli) lobt die Fassadengestaltung. Der Neubau weist einen tieferen Geschossflächenpreis auf als vergleichbare Objekte. Matthias Hauser (svp., Hüntwangen) gibt bekannt, dass die SVP den Neubau unterstützt, obwohl er etwas kostet. Im letzten Sommer sind sogar Deckenplatten heruntergefallen. Immer mehr Schüler gehen in der Stadt zur Schule, eine ältere Schule ausserhalb der Stadt zu erhalten, ist sinnvoll. Allerdings wäre der Neubau weniger notwendig, wenn nach der Abstimmung im Jahr 1984 auch die Baracken anständig unterhalten worden wären. Jetzt haben wir aber die Verlotterung und müssen sie beheben.

Bildungsdirektorin Regine Aepli dankt dem Rat. Zwei Kommissionen, die Bildungs- sowie die Planungs- und Baukommission, befürworten die Vorlage einstimmig. Wir werden dafür besorgt sein, dass Ihre Bedenken ausgeräumt werden.

Der Rat stimmt der Vorlage mit 151 zu 0 Stimmen zu.

Rollstuhlgängige Schulhäuser

Jacqueline Gübeli (sp., Horgen) verlangt vom Regierungsrat, er solle die Gemeinden beauftragen, ein Konzept für behindertengerechte Primar- und Oberstufenschulhäuser vorzulegen. Das Konzept soll Auskunft geben über den Ist-Zustand und darüber, welche Massnahmen geplant sind. Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben. Seit der Einrei-

chung seien das Behindertengleichstellungsgesetz und die Behindertengleichstellungsverordnung in Kraft getreten, deren Vorschriften über behindertengerechtes Bauen für die Gemeinden verbindlich sind.

Brigitta Johner-Gähwiler (fdp., Urdorf), Präsidentin der Bildungskommission, beantragt namens der Kommission, das Postulat abzuschreiben. Thea Mauchle (sp., Zürich) gibt bekannt, dass die SP der Abschriftung zustimmt. Das neue Gesetz nimmt die Schulgemeinden stärker in die Pflicht. Es geht nicht nur um die Schulkinder; es gibt auch behinderte Eltern oder Lehrpersonen, denen der Zutritt zu Schulhäusern erschwert oder verwehrt ist. Das Schulhaus der Zukunft muss nicht nur pädagogische Anforderungen erfüllen, sondern auch den Ansprüchen ihrer Benutzer gerecht werden. Max Clerici (fdp., Horgen) führt aus, die Forderungen des Postulates seien seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes erfüllt. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Der Rat schreibt das Postulat als erledigt ab.

Erklärung aus dem Rat

Elisabeth Derisiotis (sp., Zollikon) verliest eine Fraktionsklärung der SP. Bis heute hat der Kanton Zürich die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr ungenügend oder lückenhaft umgesetzt. Es scheint der zuständigen Volkswirtschaftsdirektorin am politischen Willen zu fehlen. Ressourcen und Infrastruktur reichen nicht aus, damit die Baustellenkontrolle und die Tripartite Kommission ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen können.

Arbeitsbedingungen für Pflegefamilien

In einem Postulat fragt Bettina Volland (sp., Zürich), weshalb im Vergleich zu Heimplacierungen immer weniger Kinder in Pflegefamilien untergebracht wurden und was die Gründe für die Abbrüche von Pflegeverhältnissen seien. Zudem soll der Regierungsrat darlegen, wie Beratung und Ausbildung von Pflegeeltern sowie die Entschädigung verbessert werden können. Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Laut Christian Mettler (svp., Zürich) sind die Bedingungen für Pflegefamilien angemessen. Eine höhere Entschädigung schafft falsche Anreize für Pflegefamilien. Es ist wichtiger, dass der Staat es mit weniger Regulierung möglichen Pflegeeltern erleichtert, Kinder zu betreuen. Die SVP lehnt die Überweisung ab. Karin Maeder-Zuberhühler (sp., Rüti) wirft Mettler vor, Kraut und Rüben zu vermischen. Gerade aus finanziellen Gründen müsste ein Interesse bestehen, Kinder vermehrt in Pflegefamilien und nicht in Heimen zu placieren. Es gibt zu wenig Pflegeplätze. Blanca Ramer (cvp., Urdorf) befürchtet, dass es ohne ausserschulische Betreuungsmöglichkeiten immer mehr Working Poor gibt. Das Angebot an Pflegefamilien muss belebt und gefördert werden. Wir sind für Überweisung des Vorstosses. Katharina Prelicz (gp., Zürich) hält den geforderten Bericht über die Pflegefamilien für sinnvoll. Wir unterstützen das Postulat. Laut Urs Laufner (fdp., Zürich) kann die Arbeit von Pflegefamilien nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Placierung in Pflegefamilien ist oft sinnvoller als die Unterbringung in Heimen.

Für Bildungsdirektorin Regine Aepli ist der gewünschte Bericht sinnvoll. Herrn Mettler möchte ich sagen, dass es nicht darum geht, bürokratische Hürden aufzubauen. Es geht darum, zu prüfen, ob eine Pflegefamilie genügend qualifiziert ist.

Der Rat überweist das Postulat mit 94 zu 50 Stimmen.

Sparrmassnahmen bei Jugendhäusern

Susanna Rusca (sp., Zürich) verlangt mit einem Postulat vom Regierungsrat einen Bericht darüber, wie sich die Sparrmassnahmen bei Jugendhäusern und anderen Freizeitanlagen ausgewirkt haben. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. Der Rückgang der Subventionen habe keine einschneidenden Auswirkungen gehabt. Hugo Buchs (sp., Winterthur) erkundigt sich zudem in einer Anfrage, wie sich die Beiträge an Jugendhäuser und Freizeitanlagen seit dem Jahr 2000 entwickelt hätten. Der Betrag sei wegen der Globalbudgetierung aus der Rechnung nicht mehr ersichtlich. Gemäss der Antwort des Regierungsrates wurden 1996 noch 1,191 Millionen Franken an Jugendhäuser und Freizeitanlagen ausbezahlt, 2003 waren 590 000 Franken budgetiert.

Susanna Rusca (sp., Zürich) kritisiert, der Regierungsrat habe nicht alle Fragen des Vorstosses beantwortet. Die Regierung behauptet irrtümlicherweise, die Kürzungen hätten keine Folgen. Die Bedeutung der Jugendarbeit wird nicht ernst genommen. Die Anforderungen an die Jugendarbeit sind stark gestiegen, es ist fast nicht möglich, geeignete Freiwillige zu finden. Ohne Subventionen des Kantons können sich die Gemeinden

das Angebot nicht mehr leisten. Es ist wichtig, den Begriff der Jugendarbeit im neuen Jugendhilfegesetz klar zu definieren. *Katharina Prelicz* (gp., Zürich) bezeichnet die Antwort der Regierung als mehr als salopp. Wegen der Kürzungen mussten sogar Jugendhäuser geschlossen werden. Trotzdem wird von der Jugendarbeit immer mehr erwartet. *Christian Mettler* (svp., Zürich) erinnert daran, dass der Kanton mitten in einem Sparprogramm steht. Vater Staat kann nicht als Ersatz für familiäre Defizite oder Versäumnisse der Eltern einspringen. In den Jugendhäusern kommt es immer öfter zu Vandalismus. Vorerst gilt es, mit den vorhandenen Mitteln für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wir sind gegen Überweisung des Postulats. *Gabriela Winkler* (fdp., Oberglatt) bittet darum, die Verhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren. Wegen der bescheidenen Kürzungen kommt es nicht zu einer Erosion der Jugendhäuser. Dort, wo der Kanton kürzte, konnten die Beiträge anderweitig aufgetrieben werden. Das Postulat soll nicht überwiesen werden. *Heinz Jauch* (evp., Dübendorf) ist namens seiner Fraktion mit der Nichtüberweisung einverstanden. Jugendarbeit ist eine klassische Aufgabe der Gemeinden und nicht des Kantons.

Bildungsdirektorin *Regine Aepli* hält es für unmöglich, die Frage nach den Folgen der Beitragskürzungen befriedigend zu beantworten. Es stimmt nicht, dass der Regierungsrat die Jugendarbeit nicht ernst nimmt. Jugendhäuser und Freizeitanlagen werden weiterhin unterstützt. Im Jahr 2005 sind für Jugendhäuser 590 000 Franken budgetiert, für Organisationen im Bereich der Jugendarbeit 400 000 Franken. Der Kanton gibt zudem grosse Beträge für Jugendhilfessekretariate aus. Auch sind Jugendhäuser nicht die einzigen Angebote für Jugendliche, es gibt auch private Angebote. Nach den Sommerferien kommt das neue Jugendhilfegesetz in den Kantonsrat.

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 90 zu 53 Stimmen ab.

Weiterbildung für Working Poor

Beat Walti (fdp., Erlenbach) und *Oskar Denzler* (fdp., Winterthur) haben im Jahr 2003 zwei Motionen eingereicht, die sich beide mit den Ausbildungsmöglichkeiten von Leuten beschäftigen, die zwar eine Stelle haben, aber trotzdem unter dem Existenzminimum bleiben (Working Poor). Das Problem soll in einem kantonalen Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz behandelt werden. Beide Motionäre regen Weiterbildungsangebote mit speziellem Abschlussstempel an, die auf Working Poor zugeschnitten sind. Der Regierungsrat beantragt, die Motionen nicht zu überweisen. Er verweist darauf, dass im Kanton Zürich bereits jetzt ein breites Ausbildungsangebot mit günstigen Kursgebühren bestehe und dass das neue Bildungsgesetz Staatsbeiträge und Stipendien vorsehe für Personen, die sich sonst solche Ausbildungen nicht leisten könnten.

Oskar Denzler (fdp., Winterthur) bittet namens seiner Fraktion darum, die Motionen zu überweisen. In der Schweiz trifft der Begriff Working Poor auf 7 bis 9 Prozent der arbeitenden Bevölkerung zu. Die Gefahr, Working Poor zu werden, hängt stark vom Ausbildungsniveau ab. Die zu treffenden Massnahmen sind im Einführungsgesetz zu verankern, das uns schon vor einiger Zeit zur Vernehmlassung versprochen wurde. Das eidgenössische Berufsbildungsgesetz erwähnt nur Schulabgänger, nicht aber Working Poor. *Hansruedi Bär* (svp., Zürich) hat als Mitglied der Stadtzürcher Sozialbehörde wenigstens teilweise Verständnis für die Argumentation der Motionäre. Es ist aber nicht möglich, alle ungebildeten Menschen auf ein höheres Niveau anzuhieven. Wenn wir die Zuwanderung stoppen und allen Schulabgängern eine Lehrstelle anbieten, sind die beiden Motionen überflüssig. *Blanca Ramer* (cvp., Urdorf) bezeichnet die Motionen als Ablenkungsmanöver, um Working Poor nicht wirklich unterstützen zu müssen. Es wäre eine Alternative, die Motionen nicht zu überweisen und auf die Initiative «Chancen für Kinder» zu setzen, die Ergänzungsleistungen für Familien fordert. Um ein starkes Zeichen zu setzen, überweist ein Teil der CVP die Motionen trotzdem.

Katharina Prelicz (gp., Zürich) erinnert daran, dass es verschiedene Gründe gibt, warum jemand ein Working Poor wird. Dazu gehört auch die mangelnde Ausbildung. Für solche Angebote braucht es aber Geld, und da sind wir skeptisch, was das Verhalten der FDP angeht. Ist das ein Marketing-Vorstoss der FDP? Im Moment glauben wir an die guten Taten der FDP und unterstützen die Überweisung. Dafür erwarten wir auch die Unterstützung der Initiative «Chancen für Kinder». *Pia Holenstein* (sp., Affoltern am Albis) gibt bekannt, dass die SP beide Motionen ablehnt. Wir können keine Gesetze machen für eine Personengruppe, die gar nicht erfassbar ist. Zudem fehlt den Vorstössen der Realitätsbezug. Wenn jemand Kinder betreuen muss, fehlt die Zeit für Weiterbildung. Dass Working Poor für ihre Weiterbildung gemäss den Motionen noch selber bezahlen müssen, halten wir für eine Zumutung. Für *Lisette Müller-Jaag* (evp., Knonau) sind Working Poor kein Problem der Ausbildung, sondern der tiefen Löhne. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) schliesst aus der Tatsache, dass SP und SVP die Vorstösse ablehnen, dass diese nicht so schlecht sein können. Wir haben kein Patentrezept vorgelegt, sondern ein Element des Problems. Mit einem Nein helfen sie den Working Poor am wenigsten.

Für Bildungsdirektorin *Regine Aepli* wäre es am einfachsten, wenn alle Arbeitgeber existenzsichernde Löhne bezahlen würden. Weiterbildung ist eine Möglichkeit, in eine höhere Lohnkategorie zu kommen. Im Einführungsgesetz werden wir diesen Punkt berücksichtigen. Solche Massnahmen sind aber nicht zum Nulltarif zu haben. Ich bin glücklich, wenn die FDP bei der Beratung des Gesetzes bereit ist, etwas zu investieren.

Der Rat lehnt die Überweisung der Motion Walti mit 94 zu 39 Stimmen, die Überweisung der Motion Denzler mit 96 zu 39 Stimmen ab.

Ende der Sitzung: 17 Uhr 10.

Nächste Sitzung: 14. Februar, 8 Uhr 15.